



Protokoll der 23. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Februar 2003, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Philipp Senn, Pascal Wyss

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen in das Wahlbüro <i>://: Gewählt gemäss Vorlage</i>	03/122
2. Ersatzwahlen in ständige Kommissionen <i>Abgesetzt (vorsorgliche Traktandierung)</i>	03/123
3. Bericht des Stadtrates betreffend Schwieriquartier, Ersatzerschliessung: Überweisung an die Bau- und Planungskommission <i>://: An BPK überwiesen</i>	03/121
4. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zum überarbeiteten Budget 2003 <i>://: Gemäss Anträgen Fiko genehmigt</i>	02/113
5. Bericht des Stadtrates betreffend Spitex Regio Liestal, Leistungsvereinbarung <i>Nicht behandelt</i>	02/120
6. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission GoR betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Totalrevision <i>Nicht behandelt</i>	02/94
7. Fragestunde	

Ratspräsidentin Debora Keller (GL) begrüsst die Anwesenden zur ersten Einwohner-
ratssitzung des Jahres 2003.

Mitteilung der Ratspräsidentin

- Die Einwohnerrats-Unterlagen sind ab sofort auf der Homepage der Stadt Liestal abrufbar. Deshalb zirkuliert eine Liste in der sich Ratsmitglieder, welche die Unterlagen nach wie vor per Post erhalten möchten, eintragen können.
- Urs Knecht und Thomas Weber bestreiten heute ihre letzte Einwohnerratssitzung. Ihr Einsatz zum Wohle Liestals wird an dieser Stelle herzlich verdankt.
- Das Fraktionspräsidium der Fraktion GL/Fraumättler übernimmt anstelle von Urs Knecht neu Marie-Therese Beeler.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsident Marc Lüthi informiert, dass der Stadtrat an seiner gestrigen Sitzung Herrn Roland Plattner-Steinmann als neuen Stadtverwalter gewählt hat. Aufgrund seiner langjährigen politischen und beruflichen Erfahrung bringt dieser beste Voraussetzungen für die Tätigkeit mit. Sein Amt als Mitglied des Landrats wird er weiterhin behalten. Er tritt seine Stelle auf 1.7.2003.
- Stadträtin Regula Gysin orientiert, dass in Liestal im Februar 2003 329 Personen arbeitslos waren. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 85 Personen.

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

Luzia Kilchmann
Paul Lüscher
Adrian Mächler

Traktandenliste

- Das Geschäft Ersatzwahlen in ständige Kommissionen (Nr. 03/123) wurde vorsorglich traktandiert und entfällt.
- Das Traktandum 6, Bestattungs- und Friedhofreglement, soll auf jeden Fall in der heutigen Sitzung behandelt werden, da Urs Knecht das Geschäft als Kommissionspräsident noch vertreten soll.
- Walter Gudenrath erklärt zum Traktandum 3, Ersatzerschliessung Schwieriquartier, hier gehe es um eine politische Entscheidung und diese lasse sich im Plenum diskutieren. Seine Fraktion stelle deshalb den Antrag auf Direktberatung. Eine Kommissionsberatung lasse sich hier sparen.
Über den Antrag wird bei der Behandlung des Traktandums abgestimmt.
- Die Dringlichkeit der Interpellationen Nr. 03/126 und 03/127 wird von Pascal Porchet und Walter Gudenrath mit der Aktualität begründet. Im Januar hätten die Medien ausführlich über die Entwicklung berichtet. Die Januar-Einwohnerrats

sitzung sei mangels Traktanden ausgefallen. Deshalb sei es wichtig, heute vom Stadtrat Informationen zu erhalten. Der Rat und die Bevölkerung habe ein Anrecht auf Informationen, da das Thema einige Unruhe ausgelöst habe.

://: Der Dringlichkeit wird einstimmig, bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Neue persönliche Vorstösse

- Motion von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zur Wasserversorgung (Nr. 03/124)
- Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Durchführung eines Energie-Checks in den kommunalen Gebäuden der Stadt Liestal (Nr. 03/125)
- Dringliche Interpellation von Pascal Porchet betreffend Bahn 2000 (Nr. 03/126)
- Dringliche Interpellation von Walter Gudenrath namens der SP-Fraktion zum langen Wiesenbergtunnel (Nr. 03/127)
- Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Manifest des Zürcher Stadtrats zur Asylpolitik (Nr. 03/128)

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20. November 2002

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:

Seite 545, erste Zeile: Ratspräsidentin Debora Keller

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2002

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:

Seite 591, Unterschrift der Ratspräsidentin Debora Keller

Bis zum Schluss der Sitzung konnten die Traktanden Nr. 5 und 6 nicht behandelt werden. Sie werden für die Einwohnerratssitzung vom 9. April 2003 traktandiert. Das Thema Bahn 2000 und die dazu eingereichten dringlichen Interpellationen werden anlässlich einer Einschaltssitzung am 26. März 2003 ausführlich diskutiert.

208 A1.4. Wahlen

1. Ersatzwahlen in das Wahlbüro (Nr. 03/122)

Folgende Personen haben ihren Rücktritt als Wahlbüromitglied erklärt: Frau Magdalena Kaufmann-Wanzenried (Parteilos), Frau Sandra Wendte-Gunzinger (Grüne), Herr Markus Meyer-Harr (Parteilos, Wahlbüropräsident). Für verschiedene, bereits im Vorjahr zurückgetretenen Wahlbüromitglieder, konnten vom Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 11.12.2002 noch keine NachfolgerInnen für die restliche Amtsperiode gewählt werden.

://: Es werden folgende neuen Personen einstimmig für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2004 in das Wahlbüro gewählt:

FDP

Frau **Regula Bischof**, Bruckackerweg 2

Frau **Annette Gysin**, Birmannstrasse 5

Grüne

Frau **Renate Gyalog**, Kesselweg 37

Parteilos

Frau **Regula Siegrist**, Seltisbergerstrasse 29

Herr **Reto Ziegler**, Wetterchrüzstrasse 6

209 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

3. Bericht des Stadtrates betreffend Schwieriquartier, Ersatzerschliessung (Nr. 03/121)

Das Ratsbüro beantragt die Überweisung der Vorlage zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission.

Die SP-Fraktion beantragt dagegen, die Vorlage direkt zu beraten.

Eintretensdebatte:

Pascal Porchet (FDP) erklärt, seine Fraktion stimme der Überweisung an die BPK zu. Man habe in der Fraktionssitzung Vertreter aus dem Quartier gehabt. Das Projekt sei sehr komplex und verkehrstechnisch, finanziell und von der Sicherheitsfrage her schwierig. Deshalb sei der Umweg über die BPK wichtig. Allenfalls gebe es mögliche Varianten, die einfacher zu realisieren seien.

Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP) äussert, in ihrer Fraktion sei man sich nicht einig, weshalb Votes von beiden Seiten zu erwarten seien.

Adrian Mächler (FDP) betont, seine Fraktion wolle eine gute und kostengünstige Lösung. Letzteres wäre mit der Schliessung des Übergangs und der damit verbundenen höheren Beteiligung der SBB zu erreichen. Deshalb müsse auch diese Variante nochmals diskutiert werden.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) führt aus, seine Fraktion stimme ebenfalls für die Überweisung.

Walter Gudenrath (SP) votiert, die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung sei technisch optimal. Sie sei für die Fussgänger und Velofahrer sehr gut und bringe auch eine Verbesserung für die Autofahrer. Der jetzige Zustand sei unhaltbar. Da die Realisierung eine politische Frage sei, könne diese direkt im Rat diskutiert werden. Der Einsatz der BPK sei nicht nötig, da die Vorlage technisch keine Mängel enthalte.

Urs Knecht (GL/Fraumättler) plädiert für die Überweisung, weil eine gute Lösung wichtig sei und die Sicherheit im Vordergrund stehe. Weiter bezahlten die SBB bei einer Schliessung der Barriere CHF 300'000.-. Diesen Faktor 10 gegenüber dem vorliegenden Vorschlag müsse man diskutieren. Eine Überweisung wäre deshalb gewinnbringend.

Walter Gudenrath (SP) äussert die Vermutung, einzelne Ratsmitglieder hätten die Vorlage nicht genug studiert. Liestal zahle bei der angesprochenen Variante ebenfalls mehr. Die zusätzlichen CHF 270'000.-, welche die SBB bezahlen würden, brächten Liestal also gar nichts. Weiter würden mit der vollständigen Schliessung der Barriere Gehbehinderte zu Umwegen gezwungen.

Bernhard Fröhlich (FDP) äussert zum Argument der Sicherheit, Liestal sei sonst schon oft ein Sonderfall. Bahnübergänge würden andernorts wenn irgendwie möglich

geschlossen. Um die Sicherheit der Fussgänger zu gewährleisten, sei es richtig, die Barriere zu schliessen.

://: Die Vorlage wird mit 21 zu 11 Stimmen, bei 3 Enthaltungen an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

210 F.3.7.5. Rechnungsführung: Voranschläge

4. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zum überarbeiteten Budget 2003 (Nr. 02/113)

Der Stadtrat hat den vom Einwohnerrat zurückgewiesenen Budget-Entwurf 2003 nochmals überarbeitet. Dem Stadtrat ist es durch seine Sparbemühungen gelungen, den Aufwandüberschuss von ursprünglich CHF 1'614'600 auf CHF 727'800 mehr als zu halbieren und das Budget um CHF 886'800 zu verbessern (Details siehe unten). Aufgrund der kurzen Frist wurden vom Stadtrat dabei folgende Ziele gesetzt: Punktuelle Reduktion des Dienstleistungsangebotes, Reduktion der Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter, Budgetkorrekturen in Einzelfällen. Auf eine generelle Überprüfung bzw. Aktualisierung der Transferzahlungen Gemeinde - Kanton wurde, mit Ausnahme der zusätzlichen Aufwendungen für Schulmaterial der Realschulen gemäss Weisung des Kantons und der Übernahme des Schulsozialdienstes durch den Kanton, verzichtet. Nach wie vor bestehen grosse Unsicherheiten im Hinblick auf wichtige Faktoren wie Finanzausgleich, Schulraumplanung, Steuererträge etc. Vor diesem Hintergrund erachtet der Stadtrat das Ergebnis des überarbeiteten Budgets 2003 als vertretbar.

In engagierten Diskussionen kam der Stadtrat zum Schluss, dass die systematische Überprüfung des Dienstleistungsangebotes zur Gesundung der Stadtfinanzen unerlässlich ist und im Hinblick auf die Erstellung des Finanzplanes an die Hand genommen werden muss.

Trotzdem steckt hinter den meisten Streichungsanträgen des Stadtrates zum Budget 2003 bereits eine kurzfristig realisierbare und vertretbare Reduktion des städtischen Dienstleistungsangebotes.

Gesamthaft sieht das Resultat nun wie folgt aus:

CHF 724'300	Kürzung laufende Ausgaben
CHF 100'000	Reduktion Zinsaufwand
CHF 348'000	Reduktion Abschreibungen
<u>CHF -285'500</u>	Zusätzliche Aufwendungen/Reduktionen Erträge
<u>CHF 886'800</u>	Total Verbesserung des Budgets.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Das Budget 2003 wird genehmigt.
2. Die Gemeindesteuersätze der Einwohnerrechnung werden wie folgt festgesetzt:

Natürliche Personen	67% der Staatssteuer (unverändert)
Juristische Personen	5 % Ertragssteuer (unverändert)
	6 ‰ Kapitalsteuer (unverändert)
Feuerwehrpflichtersatz	0,4% des ersatzpflichtigen Einkommens (unverändert)

Die Finanzkommission hat die Vorlage in mehreren Sitzungen vorberaten, empfiehlt dem Rat das Eintreten und stellt folgende Anträge:

Situation sei. Der Einwohnerrat habe das Budget im Dezember mit der Forderung nach einem Ausgleich zurückgewiesen. Der Stadtrat habe nun CHF 600'000.- eingespart. Viele Einzelposten seien modifiziert und neue Annahmen bei den Abschreibungen getroffen worden. Die Verbesserung lasse sich aber auch anders interpretieren. Es seien Kürzungen von CHF 720'000.- vorgenommen worden, andererseits aber CHF 300'000.- neue Aufwände hinzu gekommen. Weiter frage er sich, wo die Abschreibungen beim Finanzvermögen von ca. CHF 300'000.- basierten. Die Korrekturen hätten aus seiner Sicht etwas Zufälliges. Es fehle der Hinweis auf den grösseren Kontext, wie die Korrekturen zustande gekommen seien. Auch der Jahresplan 2003 sei im November zurückgewiesen worden. Zu diesem bestehe ein innerer Zusammenhang und dieser werde nicht aufgezeigt. So seien die konzeptionellen Leitgedanken nicht ersichtlich. Die Fiko empfehle trotzdem das Eintreten auf die Vorlage, mit einigen wenigen Korrekturen. Dies, weil nicht klar sei, was eine erneute Rückweisung bringen würde. Er vermute, dass Frustrationen die Folge wären. Deshalb beantrage die Fiko, das Budget zu bewilligen, wenn auch nicht alle zufrieden seien. Die Erwartungen richteten sich nun auf den Finanzplan.

Bei den einzelnen Budgetkürzungen habe die Fiko nur über die Vertretbarkeit dieser Posten, nicht aber über deren Inhalt diskutiert. Die Zeit habe nicht dazu gereicht. Deshalb wolle er betonen, dass die Anträge nichts mit der Qualität der einzelnen Anliegen zu tun hätten. Die Fiko habe beim Budget, wie zuvor schon bei anderen Geschäften danach gefragt, wofür das Geld ausgegeben werde. Wenn nicht klar sei, was zugekauft werde, dann müsse man dies hinterfragen. Wo diese Qualitätsanforderung nicht erfüllt sei, beantrage die Fiko die Streichung oder eine separate Vorlage. Beim Hallenbad bestehe im Budget ein zusätzlicher Beitrag via Schulen. Die Fiko sehe keine Basis dafür, es gebe hier einen gültigen Einwohnerrats-Beschluss. Alle müssten sich an diese Abmachung halten. Beim Mittagstisch gehe es lediglich um die Begleitung der Schüler. Hier bestehe die Frage, ob diese nicht billiger erbracht werden könne. Die Blockzeiten wolle die Fiko nicht über das Budget präjudizieren, sondern die separate Vorlage dazu abwarten. Dieser Entscheid sei in der Fiko sehr knapp gefallen. Er mache darauf aufmerksam, dass, wenn dieser Posten aus dem Budget gestrichen werde, die Einführung der Blockzeiten im Sommer gefährdet sei. Betreffend externe Beratung habe die Fiko schon mehrmals darauf hingewiesen, dass der Beratungsaufwand nicht einsehbar sei. Deshalb erfolge der Antrag, den Bereich Planung durch die BPK hinterfragen zu lassen. In den übrigen Bereichen fordere die Fiko den Stadtrat auf, ebenso die Notwendigkeit von externen Beratungen zu hinterfragen.

Zum Schluss danke er den Fiko-Mitgliedern für die interessante Art des Arbeitens, den guten Ton und die gute Zusammenarbeit bei den Beratungen.

BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) äussert zum Bericht der BPK, dass dieser zum ersten Budget geliefert worden und einiges davon bereits bei der Überarbeitung eingeflossen sei.

Es wird festgehalten, dass die Anträge der BPK trotzdem zur Abstimmung gelangen.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt zum überarbeiteten Budget, der Stadtrat habe hier eine Dynamik entfaltet, die sich in der Finanzplan-Debatte fortsetze. Die hohe Zielsetzung der Fiko diene als Wegleitung für den Stadtrat. Das Ziel der ausgeglichenen Rechnung sei aber nicht erreicht worden sei. Zum Ziel, sich nicht weiter zu verschulden, könne er sagen, dass aufgrund von Schätzungen ein Cash flog von CHF 800'000. - erwartet werde. Der Stadtrat halte sich daran, diesen Überschuss zur

Schuldentilgung zu verwenden. Das System des Stadtrates bei der Überarbeitung des Budgets sei gewesen, alle Dienstleitungen zu überprüfen. Geltende Verträge würden eingehalten, die externen Leistungen seien aber überprüft und Reduktionen vorgenommen worden. Der Stadtrat habe systematisch gearbeitet. Aktuell sei er mit intensiven Finanzplan-Diskussionen beschäftigt.

Zu den Anträgen nehme der Stadtrat wie folgt Stellung: Er sei gegen die Streichung des Postens für Corporate Identity, für die Aufnahme der Krankentaggeldversicherung, gegen die Streichung des Postens für die Blockzeiten, für die Überprüfung der externen Beratung. Den Ersatz des Feuerwehrfahrzeugs erachte er als gebundene Ausgabe.

Zum Votum von Peter Rohrbach habe er zwei Bemerkungen. Bei den Beratungshonoraren müsse man zwischen externer Unterstützung, z.B. bei juristischen Problemen und Planungsfragen, z.B. bei Erschliessungen von Quartieren, unterscheiden. Es gelte diese vom Nutzen für die Bevölkerung her auseinander zu halten und nicht in den gleichen Topf zu werfen. Weiter müsse beim Hallenbad zwischen dem festen Betriebsbeitrag und dem Einkauf von Leistungen unterschieden werden. Der Einwohnerrat habe sich über die Schaffung eines Leistungsauftrags unterhalten und dies nicht für nötig befunden. Der Posten für die Schulen sei seit 2001 im Budget.

Andreas Zbinden (FDP) führt aus, man habe von Marc Lüthi gehört, dass das Ziel der ausgeglichenen Rechnung, auch unter Einbezug der Fiko-Anträge, nicht erreicht werde. Beim Vergleich mit der ersten Fassung habe sich der Stadtrat stark bewegt und vieles eingespart. Dies wäre aber eigentlich schon von Anfang an nötig gewesen. Wenn man von der Zielsetzung ausgehe, dann wäre die Rückweisung die logische Konsequenz. Das Argument von Peter Rohrbach sei aber richtig. Eine kosmetische Überarbeitung wäre die Folge und dies mache keinen Sinn, da Verwaltung und Stadtrat mit zusätzlicher Arbeit belastet würden. Der Finanzplan sei die Stossrichtung er nehme den Stadtrat beim Wort, dass dieser im Mai einen Weg aufzeige, um die Finanzlage zu stabilisieren und zu sanieren. Die Mehrheit seiner Fraktion sei der Meinung, dass die Strukturen zu verändern und jährlich CHF 1,5 Mio. einzusparen seine. Dies könne nur mit einer Straffung der Strukturen und einem weiteren Stellenabbau erreicht werden. Die Rechnung sei einfach. Bei durchschnittlichen Kosten von CHF 100'000.- pro Stelle, bedeute dies eine Reduktion um 15 Stellen. Dieser Weg sei unpopulär, aber er müsse so gegangen werden. Bei der Frage, wie die Strukturen zu ändern seien, z.B. bei der Anzahl der Stadtratsmitglieder und der Bereiche, sei der Stadtrat gefordert. Er hoffe, dass dieser den Mut zu den notwendigen Anpassungen habe. Die Zeit der Vertröstung sei vorbei. Die dringliche Motion zur Finanzlage, die von allen Fraktionen unterstützt werde, zeige dies. Seine Fraktion werde sich beim Budget mehrheitlich enthalten, werde aber darauf eintreten.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) äussert, seine Fraktion begrüsse die Verbesserungen, trete auf das Budget ein, stelle sich mehrheitlich hinter die Anträge der Fiko und erwarte mit Spannung den Finanzplan.

Doris Greiner (SP) erklärt zur Tatsache, dass nach wie vor ein Fehlbetrag besteht, die Strategie des Stadtrates könne nicht mehr bringen. Die ganze Politik brauche einen Kontext. Dies könne nur der Finanzplan sein. Aber auch andere politische Schwerpunkte brauchten diesen Kontext. Die SP-Fraktion finde, dass z.B. auch der Antrag von Marie-Therese Beeler und die ganze Jugendpolitik in diesen Gesamtkontext gestellt werden müsse. Sie unterstütze die Jugendarbeit im Joy, man müsse diese aber im Kontext mit dem Bildungsgesetz anschauen. Deshalb werde ihre Frak

tion diesen Antrag ablehnen. Die SP-Fraktion verlange weiter im Zusammenhang mit dem Finanzplan eine Prioritätenliste und lege selber ihre Prioritäten auf die Blockzeiten und die Bildung. Deshalb werde sie sich ohne Abstriche für die Umsetzung der Blockzeiten einsetzen.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) führt aus, auch ihre Fraktion trete auf das Budget ein und stimme diesem grundsätzlich zu. Der Stadtrat habe in kurzer Frist deutliche Korrekturen vorgenommen. Es bestehe aber immer noch ein gewisser Eindruck von Willkür bezüglich Prioritäten. In zwei Punkten werde ihre Fraktion nicht der Fiko folgen, bei den Blockzeiten und bei der Erhöhung für den Jugendtreffpunkt Joy. Weiter verlange sie im Hinblick auf den Finanzplan nicht nur neue Zahlen, sondern klare qualitative Kriterien für die Prioritätensetzung. Diese müssten über Partikularinteressen hinausgehen und langfristig greifen. Man dürfe nicht kurzfristig, dafür mit entsprechenden Folgekosten sparen. Das minimale Angebot müsse sich am Wohl der Bevölkerung orientieren.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Diskussion der Budgetanträge:

020.319.07, Corporate Identity: Antrag der Fiko auf Streichung

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, seit er Mitglied des Stadtrates sei, höre er fast nichts anderes, als Budget und Finanzplan. Dies könne an die Nerven gehen, mittlerweile finde er es aber interessant, zu sehen, was in dieser Mangelsituation realisierbar sei. Der Stadtrat sei weitgehend auf die Linie der Fiko eingeschwenkt. Beim vorliegenden Antrag der Fiko sei ihm klar, dass dieser wohl durchkomme. Man müsse sich aber auch die Argumente des Stadtrates für die Umsetzung der Corporate Identity anhören. Es brauche die geplanten Massnahmen. Diese seien nicht nur ein Artikel aus dem Wunschkatalog, sondern Pflicht, um das Bild der Stadt Liestal nach aussen zu projizieren. Was in der Verwaltung passiere, sei tägliche Knochenarbeit. Diese Arbeit müsse nach aussen besser vertreten werden. Dies gelte auch für die Arbeit des Stadtrates. Hier sei nicht alles perfekt, aber ein grosses Bemühen vorhanden. Es gehe bei Corporate Identity nicht nur um ein Schriftbild, es gehe um den Inhalt, darum, das Bild der Stadt in ein neues, selbstbewusstes Kleid zu bringen. Es sei wichtig, dass gute Qualität auch gestalterisch als solche verkauft werde. Das neue Bild dürfe auch ein wenig schwungvoller und frischer sein. Auch in der Verwaltung gelte es, Weiterbildung als Chance zu sehen, sich Leitbildgedanken zu machen, Marketing für Liestal zu betreiben, Führungs- und Organisationskultur zu leben. Die Homepage diene zur externen Kommunikation, interne Kommunikation sei ebenfalls wichtig. Dies sei der Inhalt des Projekts. Zusammen mit dem Kleid nenne man dies Corporate Identity. Dies sei sehr nötig. Vielleicht hätte der Inhalt in Form einer Sondervorlage besser kommuniziert werden können. Man dürfe das Projekt aber nicht nur oberflächlich zerreißen, sondern müsse Gesprächsbereitschaft zeigen. Diese sei auch unumgänglich für die Finanzplandiskussion. Es brauche das Verständnis des Einwohnerrates und die richtige Interpretation.

Bernhard Fröhlich (FDP) votiert, neue Gebiete brauchten Toleranz, auch vom Einwohnerrat. Es sei nicht so schlimm, dass Ruedi in seinem Votum einzelne Begriffe verwechselt habe. Eigentlich gehe es aber darum, was die Einwohnerschaft sich von

der Verwaltung wünsche: Angemessene Öffnungszeiten, tiefe Steuern, eine freundliche Verwaltung. Dies sei teilweise vorhanden, es sei aber wichtig, den Kern der Kundschaft zu treffen. Die Einwohner wünschten sich gute Dienstleistungen und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis. Deshalb könne man mit gutem Gewissen die CHF 30'000.- streichen und erwarten, dass Ruedi Riesen alles daran setze, die oben aufgezeigten Ziele zu erreichen. Dann verzeihe die Einwohnerschaft auch, wenn das Erscheinungsbild eher unscheinbar daherkomme.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, er sei zuvor anständig gewesen und lasse sich nicht im Einwohnerrat als Greenhorn hinstellen und belächeln. Er verbitte sich solche Diffamierungen und wünsche einen anderen, als diesen verletzenden Stil. Dies lasse er sich nicht nochmals bieten.

Franz Kaufmann (SP) erklärt, Ruedi Riesen habe zuvor differenziert geschildert, um was es bei dem Budgetposten gehe. Es sei eine Frage des Dialogs. Man müsse sich bewusst sein, dass die Verwaltung viele Entscheide zu vertreten habe, die der Einwohnerrat beschliesse. Das Vokabular bei diesem Thema sei teilweise vielleicht fremd, es sei aber verständlich geworden, was damit gemeint sei. Es brauche vielleicht eine Sondervorlage des Stadtrates, um noch klarer sichtbar zu machen, was hinter dem Begriff Corporate Identity stehe. man dürfe aber nicht in der Budgetdebatte das Geschäft einfach abschiessen.

Susanne Brodbeck (FDP) schliesst sich dem Votum von Franz Kaufmann an. Es gehe weiter auch um interne Kommunikation. Der neue Verwalter müsse ebenfalls hinter dem Projekt stehen und hier vielleicht auch mit einbezogen werden.

Peter Rohrbach (SP) stellt die formale Anfrage, ob dies ein Antrag sei. Die Brücke, die Ruedi Riesen gebaut habe sei die Zielsetzung. Er habe aber noch keine Mittel erläutert, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Dies sei schon bei der Sozialvorlage so gewesen. Der Stadtrat solle eine Vorlage bringen, um Missverständnisse zu vermeiden. Seine formale Frage sei, ob es darum gehe, den Posten zu belassen und vom Stadtrat die Zusage zu einer separaten Vorlage zu erhalten.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, der Fall sei klar. Wenn heute beschlossen werde, den Betrag im Budget zu belassen, dann erfolge keine separate Vorlage mehr, da es sich um eine laufende Ausgabe handle. Wenn der Posten gestrichen werde, dann werde der Stadtrat sehen, wie die Ziele anders zu erreichen seien. Bei einem Nachtragskredit sei eine separate Vorlage nötig.

Daniel Schwörer (FDP) äussert, der Wunsch nach einer separaten Vorlage löse bei ihm Unbehagen aus. Der klarere Weg wäre, jetzt den Betrag abzulehnen und dem Stadtrat die Freiheit zur Beantragung eines Nachtragskredits zu überlassen. Hier bestünde dann der Raum für das Aufzeigen der Inhalte und der nötigen Mittel. Nicht alle verstünden das Gleiche unter Corporate Identity und schlussendlich müsse man sich auch fragen, wie die Einwohnerschaft glücklicher werde. Der Rahmen, um diese Fragen heute zu diskutieren, sei zu eng. Deshalb solle man so vorgehen, wie aufgezeigt.

Franz Kaufmann (SP) stellt folgenden Antrag: "der Stadtrat wird beauftragt, in einer separaten Vorlage das Projekt CI dem Rat vorzulegen."

Adrian Mächler (FDP) weist auf die Aussage von Marc Lüthi hin, dass bei Zustimmung zum Betrag das Projekt ohne Vorlage realisiert werden könne und ohne Zustimmung der Stadtrat einen anderen Weg suchen müsse. Deshalb könne der Rat formal gar nicht über den Antrag abstimmen.

Franz Kaufmann (SP) zieht seinen Antrag zurück.

://: Die Budgetposition 020.319.07, Corporate Identity, wird mit 28 zu 8 Stimmen, bei 1 Enthaltung gestrichen.

020.305.07, Krankentaggeldversicherung: Antrag der Fiko auf Beibehaltung.

Werner Spinnler (FDP) fragt an, ob diese Versicherung eine Limite bezüglich der Anzahl Krankgeschriebener beinhalte, oder unbegrenzt gelte.

Andreas Zbinden (FDP) erklärt, die Versicherungsleistungen bei der Stadt beinhalten 100% des Lohns für 37 Tage. Dies entspreche nicht den normalen Gepflogenheiten. Normal seien 80 %. Hier müsse man auf dieses Niveau herunter kommen. 20 % zahle sowieso die Stadt. Zur Frage von Werner Spinnler könne er sagen, dass eine solche Versicherung alle angestellten integriere. Allerdings spiele die Risikobetrachtung bei den Prämien eine Rolle.

Stadtpräsident Marc Lüthi äussert dazu, es gebe innerhalb der Verwaltung verschiedene Personalkategorien.

Stadtkassier Rainer Gloor präzisiert, die Versicherung umfasse das Personal der Verwaltung, ohne Lehrerschaft, für die Krankheitsdauer ab 91. Tag. Für Lehrerschaft müsste die Versicherung zusätzlich noch aufgestockt werden.

://: Die Position 020.305.07, Krankentaggeldversicherung, wird mit 36 Ja-Stimmen, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung im Budget belassen.

295.319.02, Blockzeiten: Antrag der Fiko auf Streichung aus dem Budget 2003.

Stadtrat Lukas Ott beantragt dem Rat, den Posten nicht zu streichen. Der Stadtrat befürworte die Einführung der Blockzeiten im Sommer 2003 im Sinne einer zukunfts-trächtigen Investition und habe Budgetkürzungen bei andern Bereichen vorgenommen, um diesen hier zu halten. Eine separate Vorlage werde im April erfolgen. Der Zeitplan werde aber kritisch, wenn dann erst entschieden werde. Deshalb sei er auf einen Entscheid im Rahmen des Budgets angewiesen. Wenn der Posten heute gutgeheissen werde, erlaube dies, schon vor der Vorlage im April gewisse nötige Dispositionen vorzunehmen. Wenn der Budgetposten gestrichen werde, dann könne der Stadtrat im April die Vorlage für einen Nachtragskredit unterbreiten, aber bis dahin wären die ganzen Arbeiten gestoppt. Eine Umsetzung auf Sommer 2003 wäre dann kaum noch möglich, deshalb sei der heutige Entscheid präjudizierend.

Andreas Zbinden (FDP) votiert, seine Fraktion sei für die Einführung der Blockzeiten, aber nicht auf das Schuljahr 2003. Der Grund dafür sei, dass bei einer Einführung im Sommer 2005 Einsparungen von CHF 836'000.- resultierten. Im Moment müsse bei

den Finanzen gestrichen werden, aber auch grosse Posten wie dieser sollten integriert werden. Bei den Blockzeiten könnten andere Gemeinden die Vorreiterrolle übernehmen. Zudem bestehe ohnehin heute schon Zeitdruck und es wäre eine Hau-rückübung nötig. Deshalb unterstütze er die Verschiebung.

Peter Rohrbach (SP) äussert, bei den Diskussionen in der Fiko sei kein Konsens gefunden worden. Es gelte, das Projekt in einem grösseren Kontext zu sehen. Irgendwann müsse man wieder einen Pflock einschlagen und nicht alles schwimmen lassen. Man müsse den Mut haben, Prioritäten zu setzen und die Umsetzung des Bildungsgesetzes zu einer Priorität zu machen. Bei der Verschiebung auf Sommer 2005 habe er Hemmungen. Hinausschieben sei keine klare Position. Man müsse heute ja sagen und bei anderen Positionen ebenfalls klare Striche ziehen. Hier wisse man, was das Projekt beinhalte und koste. Es sei keine konfuse Übung. Er plädiere dafür, dass diese Umsetzung jetzt erfolge und anderes gestrichen werde.

Rolf Senn (FDP) erinnert daran, dass bei der letzten Debatte die Qualität im Zentrum gestanden habe. Er habe daraus verschiedene Gespräche geführt, mit Personen, die am Bildungsgesetz mitgearbeitet hätten. Auf die Frage, ob die Einführung der Blockzeiten einen direkten qualitativen Ansatz hätten, habe er immer wieder gehört, dass kein direkter Einfluss, sehr wohl aber ein indirekter vorhanden sei. Bei einer zeitlichen Zurückstellung würden die Schulen also nicht geschwächt. Der Antrag der Fiko sei massvoll und sinnvoll.

Elsbeth Meier (SP) führt aus, sie habe nicht damit gerechnet, dass Andreas Zbinden ein solches Bild zeige. Wenn man sich mehr mit der Sache beschäftige, dann halte dies nicht stand. Der Betrag im Budget für die Blockzeiten sei einer der Posten, die auch ziemlich viel einbringen könnten. Sie verweise auf den Bericht der Stadt Zürich über den volkswirtschaftlichen Nutzen von Tagesstätten. Diese seien die teuersten familienergänzenden Massnahmen. Der Bericht weise aber nach, dass der Rückfluss grösser sei, als die Investition. Bei den Blockzeiten sei es vielleicht nicht ganz gleich, aber gewisse Parallelen gebe es. Weiter verweise sie nochmals auf das an der letzten Sitzung zitierte Grundsatzpapier der FDP Schweiz. Man müsse bedenken, dass der grösste Teil der Kosten Lehrer-Mehrstunden seien. Die Einführung werde die Steuereinnahmen erhöhen. Die Eltern könnten sich anders organisieren und vermehrt Teilzeitjobs annehmen. Die Steuereinnahmen würden steigen und die Fürsorgekosten sinken, weil sich die Familien besser über Wasser halten könnten. Zum Argument der Qualität müsse sie sagen, dass dies ein männlicher Ausdruck sei. Blockzeiten seien ein wesentlicher Schritt, der sich nicht unbedingt so messen lasse, wie Rolf Senn ausgeführt habe. Alle umliegenden Länder hätten dieses System. Zum Thema Sparen habe weiter Andreas Zbinden schon von Stellenstreichungen in der Verwaltung geredet. Andere Betriebe stellten Leute ein, um die Qualität zu verbessern. Die Blockzeiten brächten ausser mehr Gerechtigkeit auch finanziell etwas zurück.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) fügt an, der von Elsbeth Meier dargestellte volkswirtschaftliche Nutzen sei die eine Sache. Weiter sei aber ein qualitativer Nutzen in Bezug auf Familiengestaltung sicher auch da. Zudem sei dies kein Pionierprojekt. Solche seien andernorts wissenschaftlich begleitet und ausgewertet und auch eine pädagogische Qualitätssteigerung festgestellt worden. Es werde in den ersten Jahren weniger Schulstoff in mehr Zeit verarbeitet und es ergäben sich neue

Möglichkeiten der Schulhauskultur durch den gemeinsamen Rhythmus. Weiter sei es vorteilhaft, wenn grosse mit kleinen Kindern zusammen in der Schule seien.

Stadtrat Lukas Ott äussert zur Qualität, es sei klar, dass Rolf Senn die Unterrichtsqualität meine. Die Pisa-Studie habe aber gezeigt, dass in Ländern mit grosszügigem Angebot die Qualität steige. Die Blockzeiten hätten direkt mit der Unterrichtsqualität zu tun. Zu den Finanzen könne er weiter sagen, dass der kantonale Finanzausgleich Liestal kurzfristig eine Entlastung um CHF 860'000.- und längerfristig um CHF 2,2 Mio. pro Jahr bringe. Es komme ihm nicht in den Sinn, all dieses Geld für die Bildung zu binden. Es bringe somit eine Entlastung für die ganze Verwaltung.

Rolf Senn (FDP) dankt Lukas Ott für die Rückkehr zum Thema. Es gebe hier unterschiedliche Wahrnehmungen. Die Argumente von Elsbeth Meier und Marie-Therese Beeler seien für ihn durchaus nachvollziehbar. Die FDP könne den Blockzeiten deshalb vieles abgewinnen. Aber es gehe um die direkte Qualität. Hier habe Liestal eine gute Ausgangslage. Es sei deshalb nicht nötig die Blockzeiten einzuführen, um den Anschluss an andere Gemeinden zu finden. Weiter sei ihm nicht klar, dass für Liestal ein Finanzausgleich von CHF 2,2 Mio. in Aussicht stehe. Hier sei Lukas Ott mit seinem Wissen offensichtlich vielen voraus.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) erklärt, seine Fraktion vertrete die Meinung, dass wenn das Bildungsgesetz noch nicht richtig fundamementiert sei, dann auch die Grundlage für die Umsetzung in den Gemeinden noch fehle. Dazu komme, dass der Rat noch keine Antwort des Stadtrates auf die Motion für ein Bildungsreglement erhalten habe. Weiter seien, falls sich irgend etwas bei den kantonalen Vorgaben noch ändere, bereits Reorganisationen nötig und dies sei denkbar schlecht. Deshalb stimme seine Fraktion dem Fiko-Antrag zu.

Orla Oeri-Devereux (SP) zeigt sich erstaunt, über die Aussage von Andreas Zbinden, dass die Blockzeiten noch nicht durchdacht seien. Elsbeth Meier habe vor zwei Jahren ein Postulat zu deren Einführung eingereicht. Die FDP-Fraktion habe so lange Zeit gehabt, zu diskutieren, was dies für Liestal bedeute. Es sei ein Zufall gewesen, dass im gleichen Zeitraum das Bildungsgesetz angenommen worden sei. Weiter werde seit zwei Jahren hinter den Kulissen des Einwohnerrates gearbeitet und die Involvierten seien zur Umsetzung entschlossen. Es fehlt lediglich noch der politische Entscheid. Die Notwendigkeit der Bildung sei allen klar. Die Blockzeiten hätten hier einen wichtigen Stellenwert und seien deshalb in das neue Gesetz integriert worden. Dass dies etwas koste, sei klar. Die SP-Fraktion habe irrtümlicherweise gemeint, die FDP habe ihre Motion eingereicht, weil sie gegen die Blockzeiten sei. Dies sei von der FDP-Fraktion aber widerlegt und gesagt worden, es gehe um ein Reglement. Nun müsse diese aber auch die Courage haben und ja sagen. Die Grundlagen seien da. Deshalb bitte sie darum, den Antrag der Fiko abzulehnen.

Franz Kaufmann (SP) votiert, Bernhard Fröhlich habe an der letzten Sitzung in einem längeren Votum ausgebreitet, dass die Differenzen nicht so gross seien. Rolf Senn beteuere, dass die FDP die Blockzeiten grundsätzlich wolle. Er sei kein Freund von Homestories, habe aber zuhause vier Kinder und seine Frau sei berufstätig. Er wisse, was es heisse, keine Blockzeiten zu haben. Diese seien überfällig. Man dürfe sich nicht gegen den Fortschritt sperren. Er bitte darum, diesen Budgetposten nicht zu kippen.

Urs Knecht (GL/Fraumättler) stellt zusammen mit weiteren UnterzeichnerInnen den Ordnungsantrag, namentlich abzustimmen, um Transparenz gegenüber der Bevölkerung herzustellen.

Rolf Senn (FDP) fragt an, ob die Diskussion jetzt grundsätzlich um die Blockzeiten ja oder nein gehe, oder nur um den Betrag im Budget. Dies seien zwei grundverschiedene Punkte.

://: Dem Antrag der Fiko zur Streichung der Position 295.319.02, Blockzeiten, wird mit 23 gegen 15 Stimmen zugestimmt. Dabei stimmen die Anwesenden wie folgt:

Gegen die Budgetposition: Elisabeth Weber, Hans Brodbeck, Susanne Brodbeck, Paul Finkbeiner, Adolf Fluri, Bernhard Fröhlich, Peter Furrer, Ernst Gebhard, Paul Lütscher, Adrian Mächler, Hanspeter Mohler, Pascal Porchet, Stefan Saladin, Peter Schäfer, Daniel Schwörer, Rolf Senn, Margrit Siegrist, Werner Spinnler, Elisabeth Weber, Thomas Weber, Werner Weber, Claudio Wyss, Andreas Zbinden.

Für die Budgetposition: Marie-Therese Beeler, Doris Bürgin, Ernst Bürgin, Ernst Burkhardt, Lukas Flüeler, Doris Greiner, Walter Gudenrath, Franz Kaufmann, Debora Keller, Luzia Kilchmann, Urs Knecht, Ulrich Martin, Elsbeth Meier, Orla Oeri-Devereux, Peter Rohrbach.

790.318.01, Honorare für externe Berater: Antrag der Fiko zur Beauftragung der BPK, die Ausgaben für die Raumplanung zu hinterfragen.

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

140.506.03, Ersatz für Feuerwehrfahrzeug: Antrag der Fiko, nicht als gebundene Ausgabe zu behandeln, sondern in einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat vorzulegen.

Stadträtin Marliese Zimmermann erklärt, der Stadtrat erachte die Beschaffung als gebundene Ausgabe. Es gehe um den Ersatz eines 17 Jahre alten Fahrzeugs. Dieses sei ein unentbehrliches Werkzeug der Feuerwehr und kein Geschenk. Im Stadtrat sei das Geschäft ohne Emotionen, weil überfällig, bewilligt worden. Die Feuerwehr habe einen Beschaffungsplan auf 20 Jahre hinaus. Hier sei gesagt worden, das Fahrzeug sei nach 15 Jahren zu ersetzen. Diese Ersatzbeschaffung habe man nun schon zwei Jahre hinausgeschoben. Nun müsse sie wirklich angepackt werden. Der Stadtrat wolle den Einwohnerrat bei der Zahl der Vorlagen entlasten und damit Zeit und Geld sparen bei Dingen, die ein Muss seien. Bei einer Zustimmung zum Fiko-Antrag müsse eine Vorlage erarbeitet werden. Diese gehe allenfalls noch an die Fiko. Persönlich würde sie gerne mal wieder ein Geschäft vertreten. Aber der Stadtrat sehe die Beschaffung als gebundene Ausgabe. Weiter habe er sich aus fünf Offerten für die günstigste entschieden.

Peter Rohrbach (SP) führt aus, die Fiko habe die Informationen erhalten, es bestehe aber noch Klärungsbedarf. Z.B. sei nicht klar, wer was bezahle. Der Stützpunkt sei

doch regional. Er habe erwartet, dass Liestal vielleicht 20 % und die umliegenden Gemeinden und die BGV den Rest bezahlen würden. Hier bestehe Klärungsbedarf.

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, es handle sich um ein Fahrzeug, bei dem die BGV 20 % bezahle, weil dieses nicht als Stützpunktfahrzeug anerkannt werde. Liestal könne aber nicht auf das Fahrzeug verzichten. Der Atemschutz sei ein wichtiges Element. Liestal habe noch andere Fahrzeuge, die ebenfalls in den nächsten Jahren zu ersetzen seien, z.B. die Drehleiter für den Stützpunkt. Hier werde die BGV 60 % übernehmen.

Bernhard Fröhlich (FDP) äussert, er spüre zwei Seelen in seiner Brust. Man müsse aufpassen, wenn man mit dem Begriff Stützpunkt operiere. Liestal wolle Stützpunkt sein. Einige schwere, teure Fahrzeuge brauche Liestal, z.B. die Drehleiter. Diese stünden aber auch anderen Gemeinden zur Verfügung, weil es keinen Sinn mache, sie in jeder Gemeinde zu beschaffen. Dies werde entsprechend verrechnet. Hier gehe es aber um ein normales Feuerwehrfahrzeug und nicht um ein Stützpunktfahrzeug. Weiter sei er betreffend der Frage des Ersatzes der Meinung, dass dieser richtig sei. Er unterstütze aber auch die Meinung, dass es nichts schade, einen sauber begründeten Antrag zu unterbreiten. Die Feuerwehr solle sich auch in diesen Leitplanken bewegen. Die Sache sei unbestritten, über den Weg lasse sich diskutieren.

Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, im Titel stehe "Fahrzeug für Stützpunkt".

Bernhard Fröhlich (FDP) antwortet, natürlich werde das Fahrzeug auch für den Stützpunkt verwendet. Es sei aber klar definiert, was ein Stützpunkt haben müsse und hier sei es nicht dabei, weil Liestal das Fahrzeug so oder so nötig habe.

Doris Greiner (SP) weist darauf hin, dass das Fahrzeug erst im zweiten Budgetprozess integriert wurde. Dies verwundere und deshalb bestehe der Wunsch nach einer separaten Vorlage.

Urs Knecht (GL/Fraumättler) weist darauf hin, dass eine Zustimmung zum Antrag der Fiko nicht heisse, gegen das Fahrzeug zu sein. Es sei eine rechtliche Frage, ob es sich um eine gebundene Ausgabe handle.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, die Fahrzeuge seien im Budget als gebundene integriert und die BPK habe dies bei den Betrieben betrachtet und gut geheissen. Hier werde eine Schlaufe gemacht, die nichts bringe. Wenn es gelte, den Gürtel enger zu schnallen, dann müssten sich alle daran beteiligen.

Werner Weber (SVP/CVP/EVP) äussert, er fahre bei der Feuerwehr auch mit dem alten Auto. Es sei an der Zeit, dieses zu ersetzen. Deshalb schlage er vor, den Posten im Budget zu belassen, künftige Fahrzeuge aber in Sondervorlagen dem Rat vorzulegen.

Hans Brodbeck (FDP) präzisiert, beim Budget, auf dem der BPK-Bericht beruhe, sei dieses Fahrzeug nicht bei den gebundenen Ausgaben aufgeführt gewesen und deshalb auch im Bericht nicht integriert worden.

://: Dem Antrag der Fiko, den Posten 140.506.03, Ersatz für Feuerwehrfahrzeug aus dem Budget zu streichen, wird mit grossem Mehr, bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

350.318.02, Beitrag an offene Jugendarbeit, Antrag Marie-Therese Beeler zur Erhöhung des Beitrages auf CHF 160'000.-.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) erklärt zu ihrem Antrag, vor vielen Jahren sei in Liestal viel Geld für ein Jugendkonzept ausgegeben worden. Man habe eine Problematik festgestellt und ein grundlegendes Angehen beschlossen. Heute sei daraus die Schulsozialarbeit, die neu beim Kanton angesiedelt werde, der Ferienpass und die offene Jugendarbeit des Blauen Kreuzes im Joy mit einem Leistungsauftrag entstanden. Der Auftrag sei von den Betreibern des Joy gekündigt worden, weil diese nicht mehr in der Lage seien, diesen mit den vorhandenen Mitteln zu erfüllen. Bis zum Zeitpunkt der Überarbeitung des Budgets sei die Erhöhung um CHF 50'000.- integriert gewesen. Die Aufgaben könnten nicht mehr in dem Mass mit Freiwilligen erfüllt werden. Die Konsequenz sei eine Verringerung der Öffnungszeiten und eine Verkleinerung des Beratungsangebots. Das Joy spiele eine wesentliche Rolle bei der Integration der Jugendlichen. Die Folgekosten bei der Fürsorge seien um ein vielfaches höher. Es sei wichtig, festzuhalten, dass es hier nicht um eine Aufstockung, sondern um die Beibehaltung des bisherigen Angebots gehe. Zur Zeit verkehrten täglich 60 - 80 Jugendliche im Joy. Der Betrieb sei in diesem Umfang ehrenamtlich nicht möglich. Das Geld sei hier präventiv sehr gut investiert. Sie bitte darum, dem Antrag zuzustimmen, sonst falle dem Konzept das letzte Feigenblatt ab.

Peter Rohrbach (SP) führt aus, die Fiko habe den Antrag beraten und grossmehrheitlich beschlossen, diesem nicht zuzustimmen. Die Überlegungen seien am Anfang genannt worden.

://: Der Antrag von Marie-Therese Beeler, die Position 350.318.02, Beitrag an offene Jugendarbeit auf CHF 160'000.- zu erhöhen, wird 26 gegen 5 Stimmen, bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Anträge der BPK zur Investitionsrechnung:

Antrag 1: Ersatz Kleinlastwagen (6 620.506 506.03)

Die BPK empfiehlt, die Ersatzbeschaffung des Kleinlastwagens aus dem Budget 03 zu streichen. Der Ersatz kann noch um ein Jahr hinausgeschoben werden.

Hans Brodbeck (FDP) erklärt dazu, der Bericht der BPK sei schon drei Monate alt. Man habe keine neue Sitzung zur Beratung des revidierten Budgets gemacht. Die Kommission habe festgestellt, dass das Fahrzeug mit CHF 20'000.- repariert worden sei und die MFK geschafft habe. Diese Frist von zwei Jahren solle man ausnutzen und nicht jetzt das Fahrzeug ersetzen.

://: Dem Antrag wird einstimmig, mit 1 Enthaltung zugestimmt.

Antrag 2: Wasserleitung Hofmatt (7 70 501.63)

Die Reparatur der Wasserleitung Hofmatt soll nicht als *Gebundene Ausgabe* behandelt werden. Dem Einwohnerrat ist eine Vorlage zu unterbreiten.

Hans Brodbeck (FDP) führt aus, der Stadtrat habe dies im revidierten Budget bereits so gehandhabt und die Reparatur nicht mehr als gebunden aufgeführt.

://: Dem Antrag wird bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen grossmehrheitlich zugestimmt.

Antrag 3: Kläranlage Buchhalde (71 562.01)

Die Kläranlage Buchhalde soll nicht als *Gebundene Ausgabe* behandelt werden. Dem Einwohnerrat ist zu gegebener Zeit eine Vorlage zu unterbreiten.

://: dem Antrag wird mit grossem Mehr, bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Antrag 4:

Die Kommission befürwortet einstimmig alle übrigen Positionen der Liste *Gebundene Ausgaben* auf Seite 8 des Voranschlages (CHF 3'895,000).

Hans Brodbeck (FDP) äussert, der Antrag 4 stimme von der Zahl her immer noch. Die Differenz sei durch die Integration des Feuerwehrautos entstanden, die der Rat abgelehnt habe. Die BPK wünsche, dass der Rat über diese Position der gesamten gebundenen Ausgaben abstimme.

://: Dem Antrag der BPK wird einstimmig, bei 1 Enthaltung zugestimmt.

://: Die Gemeindesteuersätze der Einwohnerrechnung werden einstimmig, bei 3 Enthaltungen wie folgt festgesetzt:

Natürliche Personen 67% der Staatssteuer (unverändert)

Juristische Personen 5 % Ertragssteuer (unverändert)

6 ‰ Kapitalsteuer (unverändert)

Feuerwehrpflichtersatz 0,4% des ersatzpflichtigen Einkommens (unverändert)

Das bereinigte Budget 2003 wird mit 30 gegen 2 Stimmen, bei 6 Enthaltungen genehmigt.

Vom Stellenplan wird mit 19 gegen 8 Stimmen, bei 7 Enthaltungen Kenntnis genommen.

211 G.3.2.4. Krankenwesen, Sanität: Haus- und Krankenpflege

5. Bericht des Stadtrates betreffend Spitex Regio Liestal, Leistungsvereinbarung (Nr. 02/120)

Per 01.01.2003 soll der neue Leistungsauftrag zwischen den auftraggebenden Gemeinden Frenkendorf, Füllinsdorf, Liestal, Hersberg und Seltisberg einerseits und dem fusionierten Verein Spitex Regio Liestal (Zusammenschluss der beiden Spitex-Organisationen Liestal und Frenkendorf/Füllinsdorf) andererseits in Kraft treten.

Dieser stützt sich ab auf das Kantonale Gesetz über die spitalexterne Haus- und Krankenpflege (Spitex-Gesetz) vom 19.12.96, welches die Gemeinden verpflichtet, Spitex-Dienstleistungen für ihre Einwohnerinnen und Einwohner anzubieten.

Aufgrund der in langen Jahren erworbenen spezifischen Fachkenntnisse sowie der auf Vereinsebene ehrenamtlich geleisteten Arbeit bieten die beiden fusionierten Vereine die ideale Trägerschaft zur kostengünstigen, effizienten und fachgerechten Erbringung der Spitex-Dienstleistungen. Die Mitsprache der Gemeinden ist durch die Schaffung einer Spitex-Kommission mit delegierten Gemeindevertretungen sichergestellt.

Die Fusion erfolgt im Zuge wachsender Anforderungen an die Spitex sowie aufgrund betriebswirtschaftlicher Überlegungen, die davon ausgehen, dass ein Spitex-Betrieb für ein Einzugsgebiet von 25'000 Einwohnerinnen und Einwohnern effizienter zu führen ist als für Einzugsgebiete mit wesentlich tieferen Bevölkerungszahlen.

Insbesondere ermöglicht die neue Betriebsgrösse den sinnvollen und notwendigen Einsatz einer professionellen Geschäftsleitung, die Zusammenlegung der Administration beider Betriebe mit einem guten Synergieeffekt und die Ausrüstung mit einer modernen EDV-Unterstützung. Dies führt zu einer besseren Gesamtstruktur und Organisation mit einer klaren Trennung der strategischen Ebene (Vorstand) von der operativen (Geschäftsleitung).

Nach der Übergangszeit von 1 Jahr wird per 01.01.2004 ein neues Finanzierungsmodell eingeführt, welches den Gemeinden die nicht gedeckten Kosten pro effektiv erbrachter Leistungsstunde für ihre EinwohnerInnen in Rechnung stellt, und nicht mehr wie bis anhin Pauschalbeträge.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der vorliegenden Leistungsvereinbarung zwischen den Gemeinden Frenkendorf, Füllinsdorf, Liestal, Hersberg und Seltisberg einerseits und dem Verein Spitex Regio Liestal andererseits, welche per 01.01.2003 in Kraft treten soll, zu.

Franz Kaufmann (SP) erklärt, er habe in der Dezembersitzung eine Verschiebung des Geschäfts angeregt, um detailliertere Zahlen und damit bessere Entscheidungsgrundlagen zu haben. Was der Rat erhalten habe, sei ein Papier mit nur wenigen Zahlen. Deshalb sei der Bereichsleiter in die Fraktionssitzung eingeladen worden, um eingehendere Informationen zu erhalten. Von diesem habe man aber ebenfalls keine schlüssigen Aussagen über die Gründe zu den abnehmenden Stundenleistungen und den zunehmenden Kosten erhalten. Es seien viele Ausdrücke aus dem Firmenfusions-Slang gefallen. Weiter werfe auch der Wechsel von den Pauschalen hin zu Stundenansätzen Fragen auf. Dieser komme Liestal im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden teurer. Deshalb frage man sich, ob hier eine neue Zentrumsleistung

komme, unter der Liestal leiden werde. In der Vorlage werde auch nicht klar, ob der Vertrag ablehnbar sei. Der Einwohnerrat habe ein Recht auf Transparenz, zu was er seine Zusage gebe. Die Verantwortlichen hätten aber keine klare Vorstellung, wohin die Reise gehe. Spitex sei eine gute Sache, aber Transparenz sei auch hier nötig. Deshalb stelle er den Antrag zur Überweisung der Vorlage an die Fiko.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) äussert, auch in ihrer Fraktion habe man sich eingehend mit der Vorlage befasst. Zuvor habe man Informationen von der Präsidentin der Spitex eingeholt und sei damit sehr zufrieden. Ihre Fraktion stimme deshalb gegen eine Überweisung.

Susanne Brodbeck (FDP) plädiert ebenfalls gegen eine Überweisung. Die Fusion erfolge, um die Infrastrukturkosten tief zu halten. Eine totale Transparenz sei schwierig zu erreichen, weil beim Systemwechsel von Pauschalen zu Stundenansätzen und der Aufteilung der Leistungen in Pflege (bezahlt durch Krankenkassen) und Haushaltshilfe (privat zu bezahlen) noch keine Erfahrungswerte bestünden. Die Überweisung an die Fiko bringe daher nicht viel. Neu sehe die Gemeinde in den Abrechnungen jede Stunde, die geleistet werde. Das Thema lasse sich allenfalls nach Vorliegen der ersten Erfahrungswerte im 2004 von der GPK analysieren.

Walter Gudenrath (SP) argumentiert, genau diese unsichere Lage beunruhige. Seine Fraktion wolle mehr Details und die seien in der Vorlage nicht drin. Es werde z.B. nicht klar, ob die Kosten für Leistungen vom Einkommen und Vermögen abhängig seien. Es ginge zu weit, diese Details heute zu diskutieren. Deshalb wünsche die SP-Fraktion die Überweisung.

Stadträtin Regula Gysin erklärt, im Moment bestehe ein Zustand mit einer Kostenexplosion, die nicht transparent sei. Bisher sei ein Schlüssel pro Einwohner angewendet worden. Mit der neuen Vereinbarung, erhoffe man sich mittelfristig eine Kostenstabilität. Ein weiterer Anstieg habe dann mit dem demographischem Anstieg der Leistungsnehmer zu tun. Die Verhandlungen für die Vereinbarung seien hart gewesen und vom Stadtrat begleitet worden. Die neue Lösung mit den Stundenabrechnungen ergebe Transparenz. Mit der weiteren Professionalisierung erhalte Spitex auch klare Auflagen, was angeboten werden dürfe. Sei wäre froh, wenn der Beschluss an der heutigen Sitzung zustande komme, erstens, um die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen und weiter, weil bei Spitex betriebswirtschaftlich enorm viel geleistet worden sei. Ein konkretes Budget könne aber erst für 2004 vorgelegt werden.

Bernhard Fröhlich (FDP) bekundet Mühe damit, wenn Grundlagengeschäfte immer gleich an Kommissionen gehen sollten. Einerseits gehe es um klare Aussagen zu den Kostensteigerungen und andererseits um das Erfüllen einer gesetzlichen Leistungspflicht. Das Durchführen einer entsprechenden Analyse und das Erarbeiten möglicher Vertragsformen mit Leistungsvereinbarungen sei die Arbeit eines Bereichsleiters. Die von Franz Kaufmann geforderte Transparenz sei richtig. Er habe aber Mühe damit, dass die Fiko Grundlagenarbeit übernehmen solle, die ein Bereichsleiter übernehmen müsste. Eine Kommission sei zur Unterstützung, aber nicht zur Erarbeitung von Grundlagen da.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) betont, Spitex werde teurer und professioneller, teurer, weil professioneller und dies werde von der Gesetzgebung gefordert.

Diese Institution sei für die Region Liestal nun geschaffen und es gehe darum, dieser beizutreten. Der neue Schlüssel bringe auch mehr Gerechtigkeit. Es gehe nicht darum, einer Verteuerung zuzustimmen, sondern dem Vertrag zum Beitritt in die neue Organisation.

Susanne Brodbeck (FDP) unterstützt dieses Votum. Es gehe um den Beitritt zu einer professionellen Organisation, mit dieser werde ein Vertrag abgeschlossen. Was diese anschaffe, sei nicht hier zu entscheiden. Man könne nun aber einen Vertrag schaffen und dann auch mitreden bei der Leistungserbringung. Im Moment müssten aber erste Erfahrung mit den neuen Leistungsabrechnungen gemacht werden. Die Gemeinde brauche Spitex um die gesetzlich definierten Leistungen erbringen zu können.

Stadtpräsident Marc Lüthi äussert, die Voten von Marie-Therese Beeler und Susanne Brodbeck träfen ins Schwarze. Hier erfolge eine Umstellung der Steuerung. Wenn erste Informationen vorhanden seien und dies sei vor den Sommerferien möglich, dann könne man auch die Fiko mit einbeziehen. Im Moment sei aber die Vereinsrechnung die Grundlage und diese sei so, wie Franz Kaufmann sie taxiert habe, nämlich schwer zu beurteilen. In der nächsten Budgetperiode lägen aber klare Beurteilungsgrundlagen vor. Dies habe auch nichts mit dem Bereichsleiter zu tun. Er bedaure, dass die SP-Fraktion nicht über ihren Schatten gesprungen und nicht Regula Gysin oder ihn selber in die Fraktion eingeladen habe.

Peter Rohrbach (SP) findet das Vorgehen komisch, zuerst einen Vertrag abzuschliessen und dann die Auswirkungen anzuschauen. Er empfehle wärmstens, keinen Vertrag abzuschliessen, bevor nicht dessen Konsequenzen klar seien. Es gebe nur einen Zeitpunkt, um Klarheit zu schaffen und der sei der jetzige. Nach dem Eingehen des Vertrages sei es gelaufen. In dem Sinne stimme er heute gegen die Vertragsunterzeichnung.

Walter Gudenrath (SP) betont, es könne nicht sein, dass eine Kommission Grundlagen erarbeite. Die GoR könne hier ein Lied singen. Was aber interessiere, seien quantitative Angaben zum neuen Finanzierungsmodell.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) votiert, hier würden Fakten über die zahlenmässige Entwicklung der pflegebedürftigen Bevölkerung verlangt und diese zu erbringen, sei nicht möglich.

Susanne Brodbeck (FDP) betont, es sei nicht möglich, die Vorlage von der Fiko untersuchen zu lassen, weil es um ein neues Modell gehe. Wenn Liestal diesem nicht beitrete, dann seien die Details überhaupt nicht einsehbar. Die meisten Leistungen seien gesetzlich vorgeschrieben. Die Krankenkassen verlangten neu ein detailliertes Ausweisen der Leistungen. Weiter geschehe eine Abstufung, je nach Einkommen. Nach der ersten Abrechnungsperiode sei erruierbar, wie effizient gearbeitet worden sei wie die Abschreibungen laufen müssten. Es bringe nichts, von der Fiko die Vergangenheit überprüfen zu lassen.

Franz Kaufmann (SP) stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag auf Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat.

Adrian Mächler (FDP) führt aus, die Frage sei legitim, was Spitex Liestal alleine kosten würde und was im Rahmen des Vertrages. Sonst entstehe allenfalls eine neue Zentrumsfunktion für Liestal. Es gehe nicht um die Kosten für Spitex, sondern darum, was Liestal zur Verfügung stellen müsse und was davon für die umliegenden Gemeinden.

Stadträtin Regula Gysin betont nochmals, es gehe in ein Übergangsjahr, das von einem Experten, der für die ganze Stadt Zürich Spitex organisiert habe, begleitet werde. Alle übrigen angeschlossenen Gemeinden hätten dem Vertrag im Dezember, bei der Genehmigung der Budgets zugestimmt. Die jetzige Situation erleichtere die Zusammenarbeit nicht.

Franz Kaufmann (SP) äussert, wenn Regula Gysin die Meinung vertrete, dass der Einwohnerrat nichts zu sagen habe, dann könne sie auch direkt die Zahlungsanweisungen an die Stadtkasse machen. Die SP-Fraktion finde Spitex eine gute Sache. Der Einwohnerrat habe aber ein Recht darauf, Transparenz zu haben.

Stadträtin Regula Gysin antwortet, sie habe der SP-Fraktion nicht unterstellt, gegen Spitex zu sein. Das Bedürfnis nach Transparenz bestehe im übrigen auch bei ihr. Das neue Finanzierungsmodell ermögliche dies. Deshalb habe sie das grösste Interesse an der Unterzeichnung des Vertrags und daran, den übrigen Beteiligten ein positives Signal zu senden.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, vor 15 Jahren hätte dieses Geschäft keine Probleme bereitet. Heute aber, bei der aktuellen kritischen Finanzlage, wolle man Rechenschaft haben. Zudem seien gewisse Überempfindlichkeiten vorhanden, die zu unfairen Haltungen führten. Die Tatsache der Kostenexplosion, und dass diese kein Ende habe, treibe in eine Verzweiflungshaltung. Hier gelte es aber, langsam vernünftig zu werden, sonst gehe in Liestal bald gar nichts mehr. Er habe zwar auch keine Lösung, rufe aber zur Vernunft auf.

Pascal Porchet (FDP) konstatiert hängende Köpfe im Saal. Grundsätzlich bestehe kein Zeitdruck, deshalb sei es Zeit für einen Schnitt. Er stelle den Ordnungsantrag zum Beenden der Debatte und einer Fortsetzung der Beratung in der nächsten Sitzung. Weiter beantrage er auch das Verschieben der Beratung zum Bestattungsreglement auf die nächste Sitzung.

://: Dem Ordnungsantrag zum Beenden der Debatte wird mit grossem Mehr zugestimmt.

212 G.2.5.5. Orientierung und Information: Anfrage und Auskünfte

7. Fragestunde

1. Frage, Franz Kaufmann (SP): An der Sitzung vom 13. März 2002 kam auf Grund einer dringlichen Interpellation die Zukunft des Hofgutes Gräubern zur Sprache. Jetzt, fast ein Jahr danach, ist der Bau in einem desolaten Zustand und es macht den Anschein, als ob das Objekt absichtlich dem Zerfall überlassen würde. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst? Hat er alle Möglichkeiten zum Schutz ausgeschöpft?

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, der Stadtrat habe damals beim Kanton interveniert. Bei einer Sitzung mit der kantonalen Kommission habe er festgestellt, dass der Besitzer darin einsitz habe. Dieser habe versichert, das Gebäude werde nicht abgerissen. Die Unterschutzstellung werde demnächst erfolgen. Deren Umsetzung sei die Sache des Eigentümers. Der Stadtrat werde die Entwicklung aber im Auge behalten.

2. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Wie ist der Stand der Verhandlungen beim versprochenen Fussweg Fliederweg - Kantinenweg?

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, die Verhandlungen seien abgeschlossen. Der Kanton lehne das Ansinnen ab und weise auf die Verhandlungen beim Landverkauf hin. Dort sei klar deklariert worden, dass zur Erfüllung dieser Forderung eine Konzeptänderung der Kaserne nötig und eine entsprechende finanzielle Forderung an Liestal erfolgen würde. Dies entspreche auch den bisherigen Aussagen des Stadtrates. Er werde die BPK noch im Detail informieren.

3. Frage, Werner Spinnler (FDP): Wann kommt der im August 2002 an den Stadtrat zur Überarbeitung/Ergänzung zurückgewiesene Vertrag mit der EBL-Com vor den Einwohnerrat?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, das Geschäft sei durch ihn auf die lange Bank geschoben worden und werde nun in den Fasnachtsferien aufgearbeitet. Es brenne aber nichts an, man arbeite mit der EBL-Com einvernehmlich. Das Reglement werde dem Rat aber demnächst vorgelegt.

4. Frage, Adolf Fluri (FDP): Zugverbindungen ab Liestal - Setzt sich der Stadtrat für direkte Zugverbindungen (IR-Züge) nach Bern und Luzern ein?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, der Stadtrat habe die Verhandlungen angegangen und sei gleicher Ansicht wie Adolf Fluri. Dies sei den SBB so mitgeteilt worden. Am 4. November 2002 habe die Neukonstituierung der Fahrplankonferenz stattgefunden und sei eine Sitzung mit dem neu zuständigen Vertreter der kantonalen Planung erfolgt. In der Folge habe, auf Druck von Liestal, der Kanton in Richtung Bern reagiert, weil auch die Presse über die Ausdehnung informiert habe. Aus Bern sei seither aber noch keine Antwort eingetroffen. Anfang April werde die zweite Fahrplankonferenz einberufen. Weiter sei das Thema Gegenstand der Konferenz für den Fahrplan 2005. Das Ziel des Stadtrates sei, eine Antwort zu erzwingen.

6. Frage, Franz Kaufmann (SP): Im Rahmen einer Diplomarbeit der ETH Zürich wurde allen Gemeinden des Kantons ein Fragebogen zugestellt, die die Bereiche Inventar, Planung, Umsetzung und Vollzug sowie Organisation von Natur- und Landschaftsschutz beleuchten sollte. Einerseits ging es um einen Vergleich mit anderen Gemeinden und andererseits (und das ist der interessante Aspekt) konnten die Gemeinden ihre eigenen diesbezüglichen Aktivitäten durchleuchten bzw. für sich abklären, wo allenfalls Defizite bestehen. Liestal hat den Fragebogen erst gar nicht eingereicht. Ist der Stellenwert von Natur- und Landschaftsschutz in der Gemeinde Liestal derart tief? Weshalb lässt man eine solche Gelegenheit aus, allenfalls auch mal positiv in die Schlagzeilen zu geraten?

Stadtrat Heiner Karrer bestätigt, es scheine eine Tatsache zu sein, dass der Fragebogen nicht ausgefüllt worden sei. Der jetzige Leiter des Stadtbauamtes kenne ihn nicht, der damalige Leiter sei nicht mehr bei der Stadt. Der Fragebogen sei wohl irgendwo versickert. Dies entspreche aber nicht der Gepflogenheit Liestals. Aktuell werde die Landschaftskommission wieder neu aktiviert für das Nachführen der Landschaftsplanung. Das Thema werde nicht missachtet. Liestal wäre beim Vergleich im guten Mittelfeld rangiert gewesen. Er entschuldige sich wegen des Fragebogens.

7. Frage, Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP): Gebühr für Gewerbeschau 2003 - Die Räumlichkeiten für die Gewerbeschau kosten die Organisatoren CHF 6'000.-. In anderen Gemeinden des Kantons sind diese gebührenfrei. Ist dies in Liestal zugunsten des Gewerbes nicht auch möglich?

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, die Gemeinde halte sich strikt an das bestehende Reglement. Der Betrag stimme. Es sei aber noch nie über eine Subventionierung solcher Anlässe diskutiert worden.

9. Frage Orla Oeri-Devereux (SP): Amtliches Mitteilungsblatt: - Vereine und gemeinnützige Institutionen geben ihr Inserat zum Spezialtarif bei der Stadtkanzlei auf. Seit dem 19. September 2002 müssen die politischen Parteien, als einzige Vereine, ihre Inserate direkt bei Publicitas aufgeben. Durch diese Umstellung ist, aus Sicht der SP, Transparenz nicht mehr gewährleistet. Aus welchen Gründen müssen die politischen Parteien, als einzige Vereine, ihre Inserate zum Spezialtarif bei Publicitas aufgeben?

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, der Einwohnerrat habe den Spezialtarif seinerzeit beschlossen. Publicitas habe bei den Parteien auf den bestehenden Vertrag gepocht und sei nicht damit einverstanden gewesen, dass dieses lukrative Geschäft verloren gehe. Im Mai/Juni 2003 würden jedoch neue Verhandlungen bezüglich AMB aufgenommen.

Zusatzfrage Orla Oeri-Devereux (SP): Publicitas hat einen Auftrag der Stadt und entscheidet trotzdem selber, wer die letzte Seite bekommt?

Stadtrat Ruedi Riesen bestätigt, dies sei ein Problem. Er wisse aber, wo dessen Ursache liege.

10. Frage, Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP): Warum befindet sich immer noch die Verbotstafel zum Parkieren auf dem Gitterli-Areal (Waffenplatz Truppe)?

Stadträtin Marliese Zimmermann erklärt, sie habe die Frage leider erst heute Abend erhalten und sei deshalb nicht in der Lage, sofort Antwort zu geben. Sie werde der Sache aber nachgehen und die Antwort liefern.

213 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Motion von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zur Wasserversorgung (Nr. 03/124)

Die Motion hat folgenden Wortlaut

Im Finanzplan 2003-2007 hält der Stadtrat fest, dass im Rechnungsjahr der Wasserverbrauch deutlich zurückgegangen sei. Der Stadtrat fürchtet deshalb, dass "das Eigenkapital ohne Massnahmen spätestens im letzten Planjahr (2007) in einen Bilanzfehlbetrag kippen" werde und folgert dann konsequenterweise: "Wenn der Verbrauch in naher Zukunft nicht wieder ansteigt, sind die Wasserbezugspreise anzuheben." Von der Wasserrechnung her ist diese Überlegung richtig und nachvollziehbar. Doch ist dies eine überzeugende Politik, die dem begrenzten Gut Wasser gerecht wird?

Die Botschaft an den Wasserverbraucher lautet: Wenn ihr weiter mit Wasser sparsam umgeht, müssen wir euch strafen und einen höheren m3-Preis verlangen!

Wir sind überzeugt, dass diese Botschaft falsch ist.

Kann nicht die Tarifstruktur so verändert werden, dass Sparer wirklich belohnt, Vielverbraucher und Verschwender aber vermehrt zur Kasse gebeten werden, und dass dadurch die Wasserkasse wieder ins Lot gebracht werden kann? Und/oder kann das eingesparte Wasser nicht den umliegenden Gemeinden verkauft werden, so dass die Wasserkasse in den schwarzen Zahlen bleibt? Wir bitten den Stadtrat auch, die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden im Bereich Wasserversorgung zu intensivieren.

Der Stadtrat wird beauftragt, neue Tarifstrukturen für den Wasserverkauf zu erarbeiten und die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zu verstärken.

Der Motionär verzichtet auf eine mündliche Erklärung und verweist auf seine schriftliche Eingabe.

214 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Durchführung eines Energie-Checks in den kommunalen Gebäuden der Stadt Liestal (Nr. 03/125)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Während 24 Stunden pro Tag, 365 Tagen pro Jahr läuft er, belästigt mit seinem Lärm Tag und Nacht die Anwohner, verschwendet kostbare Energie und belastet so die Umwelt und die Kasse der Parkhaus Bücheli AG.

*Mit einer "intelligenten", d.h. gebrauchtsabhängigen Steuerung würde der **veraltete Ventilator des Parkhauses Bücheli** nur einen Bruchteil des Stroms von heute verbrauchen.*

Wie viele veraltete Ventilatoren, Klimaanlage, Beleuchtungssysteme, Pumpen, Heizanlagen gibt es in Liestal? Wo könnte man noch eine Wärmerückgewinnung einbauen? Und für unsere Stadt heute entscheidend: Wie viel würde eine Sanierung kosten?

Der Parkhaus Bücheli AG und der Stadt Liestal fehlen das Geld für teure Sanierungen. Deshalb wurde vermutlich das Problem noch nicht angepackt!

*Die **Solarspargenossenschaft**, vor 10 Jahren gegründet, bietet den sogenannten Energiecheck an, verbunden mit einem bestechenden Sanierungs- und Finanzierungsmodell.*

- 1. Nach einer sorgfältigen Analyse wird in einem Gutachten aufgezeigt, welche Massnahmen betrieblich, wirtschaftlich und technisch realisierbar sind.*
- 2. Die Solarspargenossenschaft finanziert die vorgeschlagenen Investitionen selbst, die Bezahlung der gesamten Kosten (auch Gutachten, Verzinsung und Amortisation) erfolgt aus den erzielten Energieeinsparungen.*
- 3. Gemeinsam wird zwischen der Solarspargenossenschaft und dem Kunden (Stadt Liestal) der Amortisationszeitraum festgelegt. Vertraglich verpflichtet sich der Sanierer für Budgetneutralität und Wirtschaftlichkeit der Massnahmen.*
- 4. Für die Umsetzung der Massnahmen werden lokale Unternehmen beauftragt.*
- 5. Nach Ablauf des Vertrages entlasten die tieferen Betriebskosten das Budget der Stadt - und die Energieeinsparungen die Umwelt.*

Frage: Ist der Stadtrat bereit, das interessante Angebot zu prüfen und die gemeindeeigenen Liegenschaften nach Energiesparmöglichkeiten überprüfen zu lassen?

Der Interpellant verzichtet auf eine mündliche Erklärung und verweist auf seine schriftliche Eingabe.

215 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**10. Dringliche Interpellation von Pascal Porchet betreffend
Bahn 2000 (Nr. 03/126)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Was hat der Stadtrat seit dem Entscheid des Kantons zur Bahn 2000 à Niveau unternommen?*
- 2. Welche Strategie verfolgt der Stadtrat für das weitere Vorgehen, um das Ziel Tieflage zu erreichen?*
- 3. Was hält der Stadtrat von einer Spezial-Einwohnerratssitzung mit dem Thema Bahn 2000? (Information, Strategie, politische Aussage, Ziele und weiteres Vorgehen).*

216 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**11. Dringliche Interpellation von Walter Gudenrath namens der
SP-Fraktion zum langen Wiesenbergtunnel (Nr. 03/127)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Gemäss den Berichten aus Presse und Radio vom 21. Januar 2003 haben die SBB und der Regierungsrat Baselland beschlossen, einen langen Wiesenbergtunnel zu bauen. Die Tieflage in Liestal wird abgelehnt mit der Begründung, sie sei zu teuer.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Auswirkung hat dieser Entscheid auf die von der Stadt Liestal favorisierte Tieflage?*
- 2. Welche Möglichkeiten hat der Stadtrat Liestal nach diesem Entscheid, auf die Tieflage einzuwirken?*
- 3. Hat der Stadtrat bereits etwas unternommen, um die Tieflage beim Bundesamt für Verkehr durchzusetzen?*
- 4. Sind die Mehrkosten von 300 Millionen gegenüber den von 100 Millionen einer früheren Studie erklärbar?*
- 5. Müssen die Mehrkosten für die Variante Tief allein von der Stadt Liestal getragen werden?*

Pascal Porchet (FDP) erklärt, die Einwohnerratssitzung im Januar sei mangels Traktanden abgesagt worden und nun habe man eine überladene Sitzung. Er wolle dem Ratsbüro beliebt machen, künftig keine Sitzungen mehr abzusagen. Auch ohne Traktanden könne der Stadtrat über diverse Aktualitäten informieren. Nun erhalte ein derart wichtiges Thema eine Antwort am Rande. Deshalb stelle er den Ordnungsantrag, im März eine Einschaltsitzung speziell für das Thema Bahn 2000 durchzuführen.

Stadtrat Heiner Karrer äussert, er habe eine Antwort auf die beiden Interpellationen bereit. Wenn das Thema allerdings eingehend diskutiert werden solle, dann sei es auch für ihn klar, dass dazu sehr viel Zeit nötig sei. Seine Idee wäre eine Einschaltsitzung, bei welcher der aktuelle Stand vorgestellt und ein Austausch der politischen Positionen stattfinden könnte. Die Strategie des Stadtrates gegenüber dem Kanton und den SBB wolle er heute aber nicht öffentlich diskutieren. Der Stadtrat sei an einer Einschaltsitzung interessiert und er schlage als Termin den 26. März 2003 vor.

://: Die Durchführung einer Einschaltsitzung zum Thema Bahn 2000 am Mittwoch, 26. März 2003 wird beschlossen.

Zu den Fragen der beiden dringlichen Interpellationen nimmt Stadtrat Heiner Karrer wie folgt Stellung:

Grundsätzlich gebe es Bereiche, bei denen der Stadtrat mit der Bau- und Umweltschutzdirektion teilweise einverstanden sei und deren Meinung unterstütze. Der Wiesenbergtunnel müsse in das zweite Paket. Hier sei man voll einverstanden. Dies sei ein wegweisender Entscheid. Wenn dies nicht gelinge, steh weiterhin zur Debatte, ob ein anderer Durchstich realisiert werden solle. Damit wäre die Entwicklung unserer Region unsicher. Hier sei deshalb Klarheit nötig. Die Strecke Basel - Olten sei im Moment sehr stark belastet. Weiter brauche es für die Weiterentwicklung des Regionalverkehrs vermehrte Kapazität. Auch wenn man das Auto als legitimes Verkehrsmittel betrachte, so sei doch nicht alles auf die Strasse verlagerbar. Der Stadtrat sei prinzipiell auch einverstanden mit dem Projekt, weil die Randbedingungen in Ordnung seien. Die Kapazitätsberechnungen würden aufzeigen, dass es auch mit einem langen Tunnel gehe. Der Entscheid für den langen Tunnel habe die Nachbargemeinden entlastet. Ob dieser langfristig ein Segen bleibe, sei dahin gestellt. Er hoffe, dass Liestal bei seinen Forderungen von den übrigen Gemeinden unterstützt werde. Der Entscheid des Regierungsrates sei unmittelbar nach der Information von Gemeinden und Öffentlichkeit nach Bern weiter geleitet worden. Die Regierung wolle, dass das Projekt in die zweite Etappe komme. Liestal habe dabei den schwarzen Peter gezogen. Die SBB hätten zur Bedingung gemacht, dass das Projekt nur in die zweite Etappe komme, wenn es unter der Grenze von CHF 2 Mia. liege. Alle anderen Varianten seien teurer, die nun gewählte sei mit CHF 1.9 Mia. berechnet worden. Die Tieflage verursache deutliche Mehrkosten von ca. CHF 300 Mio. Frühere Berechnungen seien bei CHF 100 Mio. gelegen. Eine Verifizierung habe ergeben, dass 75% der Berechnungen glaubwürdig, einige aber auch fragwürdig seien. Die Zahl CHF 300 Mio. sei eher zu hoch, die Wahrheit liege aber deutlich über den damals berechneten CHF 100 Mio. Der Grund dafür sei, dass die heutige Tieflage nicht mehr derjenigen von damals entspreche. Dazu komme noch die Teuerung im Bausektor. Die Kommunikation des Regierungsrates habe zu einer komischen Situation geführt. Um 15.00 Uhr sei die Presse und um 17.00 Uhr seien die Gemeinden informiert wor

den. Dies habe dazu geführt, dass der Stadtrat bereits erste Anfragen der Presse zu Stellungnahmen erhalten habe, bevor er informiert gewesen sei. Er habe kurz darauf dann eine Pressemitteilung veröffentlicht und darin gesagt, dass die Realisierung grundsätzlich begrüsst werde, Liestal aber nicht die Rolle des Bauernopfers annehme. Zudem seien noch einige Fragen zu den Varianten nicht geklärt. Es gebe Indizien dafür, dass die Variante à Niveau technisch realisiert werden könnte, aber deren städtebauliche Konsequenzen nicht geklärt seien. Der Stadtrat habe hingegen nachgewiesen, dass die Tieflage städtebaulich verträglich und die richtige Lösung sei. Alle anderen Thesen müssten zuerst bewiesen werden. Die Haltung des Stadtrates sei sehr dezidiert, er müsse aber weiter verhandeln. Die zentrale Forderung an den Kanton sei, dass Liestal seine städtebauliche Qualität mindestens halten müsse. In den 80er-Jahren habe Liestal viel Geld für Studien ausgegeben und diese seien vorhanden. Die Verfechter der anderen Variante müssten nun Studien vorlegen, die Gegenbehauptung müsse bewiesen werden.

Der Stadtrat wolle, dass der Kanton sich über die Auswirkungen seiner Aussage klar werde. Er erkläre, dass die Variante à Niveau verträglich sei und lediglich lokale Probleme ergebe. Die kantonalen und nationalen Interessen seien übergeordnet. Der Stadtrat habe aber das Gefühl, in der Diskussion gute Karten zu haben und er wolle eine offene Diskussion zum Thema Tieflage führen. Der Entscheid sei zu fest übers Knie gebrochen. Die Tieflage solle auf dem Tisch bleiben, dafür werde der Stadtrat alle Mittel einsetzen.

Zu den Fragen von Walter Gudenrath wolle er noch anfügen, dass der Stadtrat die Tieflage nach wie vor verfolge und versuche, beim Kanton im Gespräch zu behalten. Beim Bundesamt sei man noch nicht vorstellig geworden. Es sei nicht richtig, wenn nun auch einzelne Gemeinden vorstellig würden. Es sei eine Stimme aus der Region nötig, die von sämtlichen Beteiligten ausgehe. Die Meinungsunterschiede mit dem Kanton müssten deshalb auf leisem Feuer kochen. Wer die Kosten für eine allfällige Tieflage tragen müsse, sei eine schwierige Frage. Die SBB müssten viele Auflagen einhalten. Er sei persönlich überzeugt, dass bei der Detailausarbeitung der Variante à Niveau die finanzielle Differenz schmelze. Es müsste Liestal etwas Wert sein, aber es stehe ausser Diskussion, dass Liestal CHF 250 Mio. beitragen könne. Früher sei einmal von CHF 25 Mio. im Stadtrat geredet worden, dies mit dem Zeithorizont einer Bauzeit von knapp 20 Jahren.

Allfällige Fragen der Interpellanten und eine Diskussion des Themas werden anlässlich der Sondersitzung vom 26. März 2003 behandelt.

217 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

12. Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion zum Manifest des Zürcher Stadtrats zur Asylpolitik (Nr. 03/128)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Am 31. Januar 03 veröffentlichte der Zürcher Stadtrat ein Manifest mit "Zehn Regeln für eine neue Schweizerische Asylpolitik". Er suche nicht den Alleingang, sondern wolle eine Trendwende einleiten. Das Manifest versucht der Asylpolitik eine neue Richtung zu geben.

Wie man den Medien entnehmen konnte, stiess das Manifest nicht nur, aber auf viele positive Echos und löste einige Diskussionen aus.

Bestimmt sind einige Ansätze des Manifests nur auf nationaler Ebene zu realisieren, aber der Zürcher Stadtrat ruft alle Gemeinden, Städte sowie alle Einwohnerinnen auf, sich seinem Aufruf anzuschliessen.

Der SP Fraktion ist der Meinung, dass von Liestal, als Hauptort des Kantons, eine Stellungnahme zu erwarten ist. In diesem Sinn bitten wir den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die "Zehn Regeln für eine Neue Schweizerische Asylpolitik" des Zürcher Stadtrats?
2. Beabsichtigt der Stadtrat eine Stellungnahme der Öffentlichkeit zu kommunizieren?
3. Ist der Stadtrat diesbezüglich im Gespräch mit dem Kanton oder anderen Gemeinden? Wenn ja, bitten wir um Details. Wenn nicht, besteht für den Stadtrat die Möglichkeit, die Initiative zu ergreifen und Gespräche in die Wege zu leiten?

Die Interpellantin verzichtet auf eine mündliche Stellungnahme und verweist auf ihre schriftliche Eingabe.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Debora Keller

Der Ratsschreiber

Martin Schneider